

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.12.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Kenntnisnahme der Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- Haushalt 2012 -
 - 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
 - 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
 - 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
 - 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
alle Ortsbeiräte
- 5 Eingabe 35/11 - Email Verkehr mit der Stadtverwaltung (Wiedervorlage)
- 6 Eingabe 39/11 - Straßenreinigungsgebührenbescheid (Wiedervorlage)
- 7 Eingabe 40/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft:
Obdachlose (Wiedervorlage)
- 8 Eingabe 44/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft:
Verkehrstote (Wiedervorlage)
- 9 Eingabe 48/11 - Nachfrage zum Lärmaktionsplan (Wiedervorlage)
- 10 Eingabe 50/11 - Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am Mobilitätsticket
bis 2020 (Wiedervorlage)
- 11 Eingabe 51/11 - Verein Chill out e.V.

- 12 Eingabe 52/11 - Jugendclub im Bornstedteer Feld
- 13 Eingabe 53/11 - Wahl eines Hortbetreibers für die neue Grundschule im Bornstedter Feld
- 14 Eingabe 54/11 - Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten
- 15 Eingabe 55/11 - Mietvertrag mit dem Studentenwerk Potsdam
- 16 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Wartenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest; die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Zur Niederschrift der 30. Sitzung vom 06.12.2011 gibt es keine Hinweise und Änderungswünsche; sie wird mit zwei Enthaltungen bestätigt.

Zur vorliegenden Tagesordnung bittet der Ausschussvorsitzende als TOP 16 um die Aufnahme – Sonstiges.

Die so ergänzte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Kenntnisnahme der Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben

Die Abschlusschriften zu den Eingaben 11/11, 38/11, 41/11, 42/11, 43/11, 45/11, 46/11, 47/11, 49/11, werden zur Kenntnis genommen.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- Haushalt 2012 -**

Da der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden keinen Einfluss auf den Haushalt habe, schlägt der Ausschussvorsitzende vor, diese Beschlussvorlagen nur zur Kenntnis zu nehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr
2012**

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0949

Oberbürgermeister, KIS
alle Ortsbeiräte

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Eingabe 35/11 - Email Verkehr mit der Stadtverwaltung (Wiedervorlage)

Zu dieser Eingabe ist den Mitgliedern eine Stellungnahme des in Potsdam ansässigen Brandenburgischen IT-Dienstleister ausgereicht worden.

Die Stellungnahme geht sehr ausführlich auf das bestehende Problem des Eingabeverfassers ein und nennt Lösungsvorschläge.

Gegen den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, mit dieser Stellungnahme die Eingabe abzuschließen, erhebt sich kein Widerspruch.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

zu 6 Eingabe 39/11 - Straßenreinigungsgebührenbescheid (Wiedervorlage)

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Ausschussvorsitzende Frau Hönes, Bereichsleiterin Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Frau Böckenkamp, Sachbearbeiterin Straßenreinigung sowie den Eingabeverfasser.

Der Ausschussvorsitzende erläutert, warum der Ausschuss den Eingabeverfasser und die Verwaltung eingeladen habe.

Der Eingabeverfasser geht kurz auf die Intention seiner Eingabe ein. Mit Datum 20.10.2011 erhielt er den Bescheid für die Straßenreinigungsgebühren, die in einer Summe abgebucht wurden. Er sei verärgert gewesen, dass der Betrag, nicht wie sonst üblich, vierteljährlich, sondern in einer Summe eingezogen wurde. Im Weiteren sei es ihm unverständlich, dass schon für 2012 Gebühren erhoben würden, wenn die Satzung noch gar nicht beschlossen sei. Daraufhin habe er die Abbuchung sofort storniert.

Neben dem Ausschuss für Eingaben und Beschwerden habe er sich auch an den Oberbürgermeister und die Fachbereichsleiterin für Ordnung und Sicherheit gewandt, jedoch keine Antwort erhalten.

Dazu führt Frau Hönes folgendes aus:

der Eingabeverfasser habe mit Datum vom 20.10.2011 den Straßenreinigungsgebührenbescheid für 2011 erhalten, da bei einer Kontrolle festgestellt wurde, dass er bisher keinen Bescheid erhalten habe. In diesem Fall werde der Betrag in einer Summe fällig. Sie verweist auf die fällige Zahlung, da ansonsten Mahngebühren erhoben würden.

Im weiteren Verlauf beantwortet Sie Nachfragen zu den Fachverfahren für die Gebührenbescheide, dem Abbuchungsverfahren und den Reinigungsklassen.

Auf die Frage von Herrn Cornelius, ob es in den vergangenen Jahren mehrere solcher Fälle gegeben habe, antwortet Frau Hönes, dass dies nicht der Fall sei, jedoch sei die Verwaltung nach dem Kommunalabgabegesetz verpflichtet und berechtigt vier Jahre rückwirkend Gebühren zu erheben.

Im Ergebnis des Meinungsaustausches wird das Verhalten der Verwaltung von den Ausschussmitgliedern kritisch beurteilt. Viel Ärger hätte vermieden werden

können, wenn der der Gebührenbescheid entsprechende Erläuterungen enthalten hätte und das an den Fachbereich gesandte Schreiben des Eingabeverfassers beantwortet worden wäre.

Frau Hönes sagt zu, die gegebenen Hinweise aufzunehmen und das Mahnverfahren einzustellen.

Herr Wartenberg regt an, dass der Ausschuss diesen Fall der Beigeordneten des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz mit der Bitte zur Kenntnis geben sollte, dem Ausschuss zu erläutern, wie im Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten das Beschwerdemanagement organisiert ist und wie durch Ihre Verwaltung kontrolliert wird, dass die Computerprogramme, mit denen Gebühren berechnet und eingezogen werden, fehlerfrei funktionieren.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Der Eingabeverfasser erhält ein Abschlusschreiben.

Ein weiteres Schreiben geht an die Beigeordnete des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz.

**zu 7 Eingabe 40/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft:
Obdachlose (Wiedervorlage)**

Zu dieser Eingabe ist den Ausschussmitgliedern eine Stellungnahme des Bereichs Wohnen ausgereicht worden, die auf das Problem der Obdachlosigkeit in Potsdam sehr ausführlich eingeht.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, mit dieser Stellungnahme die Eingabe abzuschließen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

**zu 8 Eingabe 44/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft:
Verkehrstote (Wiedervorlage)**

Den Mitgliedern wurde zu dieser Eingabe eine Stellungnahme des ViP (Verkehrsbetrieb Potsdam) ausgereicht. Die Stellungnahme enthält eine Statistik der Straßenbahnunfälle der letzten 5 Jahre. Bei der überwiegenden Zahl der Unfälle handelt es sich um Unfälle mit Personenkraftwagen.

Mit dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, damit die Eingabe abzuschließen, sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

zu 9 Eingabe 48/11 - Nachfrage zum Lärmaktionsplan (Wiedervorlage)

Auch zu dieser Eingabe liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des Bereichs Umwelt und Natur vor, die auf das Anliegen des Eingabeverfassers eingeht.

Gegen den Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, mit dieser Stellungnahme die Eingabe abzuschließen gibt es keine Einwände.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

zu 10 Eingabe 50/11 - Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am Mobilitätsticket bis 2020 (Wiedervorlage)

Den Ausschussmitgliedern ist zu dieser Eingabe die Stellungnahme des Bereichs Beteiligungsmanagement ausgereicht worden, die auf das Anliegen des Eingabeverfassers eingeht.

Mit dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, damit die Eingabe abzuschließen, sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

zu 11 Eingabe 51/11 - Verein Chill out e.V.

Die angebliche Verharmlosung von Drogen an Potsdamer Schulen ist Inhalt dieser Eingabe.

Den Ausschussmitgliedern ist dazu eine Stellungnahme des Vereins Chill out e.V., des Fachbereiches Schule und Sport sowie des Fachbereichs Soziales, Gesundheit und Umwelt ausgereicht worden.

Seitens des Vereins Chill out e.V., so der Ausschussvorsitzende, sei für die heutige Sitzung Rederecht beantragt worden. Da aber beide Seiten zu Wort kommen sollen, schlägt er vor, die Beratung zu dieser Eingabe auf die nächste Sitzung zu verschieben und dazu auch die Eingabeverfasserin einzuladen.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Wiedervorlage in der nächsten Sitzung am 07.02.2012; dazu wird die Eingabeverfasserin und der Verein Chill out.e.V. eingeladen.

zu 12 Eingabe 52/11 - Jugendclub im Bornstedteer Feld

Inhalt der Eingabe ist die Einrichtung eines Jugendclubs im Bornstedter Feld.

Aus der Stellungnahme des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie ist zu entnehmen, dass zwei Einrichtungen geplant seien. Die erste soll 2012 und eine weitere 2014 errichtet werden.

Damit ist dem Anliegen des Eingabeverfassers entsprochen worden; der Ausschuss verständigt sich darauf, die Eingabe damit abzuschließen.

Festlegung:

Dem Eingabeverfasser wird die Stellungnahme mit einem Abschlusschreiben übergeben.

zu 13 Eingabe 53/11 - Wahl eines Hortbetreibers für die neue Grundschule im Bornstedter Feld

Der Eingabeverfasser bittet in seiner Eingabe die Stadtverordnetenversammlung dafür Sorge zu tragen, dass eine Auswahl und Benennung des Hortbetreibers für die neu zu errichtende Grundschule im Bornstedter Feld bis zum Beginn des Schuljahres 2012 erfolgt.

Zum gleichen Thema, so der Ausschussvorsitzende, habe sich der Eingabeverfasser bereits mit Eingabe 33/11 an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden gewandt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 12.12.2011 in nicht öffentlichen Sitzung mit Beschlussfassung der DS 11/SVV/0888 den der Verwaltung auf Grund eines Auswahlverfahrens vorgeschlagenen Träger bestätigt und damit beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Betrieb zum Schuljahresbeginn 2012 sicher zu stellen.

Mit dem Vorschlag, diesen Sachstand dem Eingabeverfasser mitzuteilen und damit die Eingabe abzuschließen, sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Der Eingabeverfasser erhält ein Abschlusschreiben.

zu 14 Eingabe 54/11 - Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten

In seinem Schreiben schildert der Eingabeverfasser die finanzielle Belastung die der Familie dadurch entstanden sei, dass mit Einführung des Bildungs- und Teilhabepaket die Schülerfahrkosten nur noch bei Wahl der nächstliegenden Schule erstattet werden.

Er appelliert an die Stadtverordneten eine Satzung zu beschließen, die eine Erstattung der Schülerfahrkosten vorsieht, unabhängig davon, ob die Schule in öffentlicher oder freier Trägerschaft gewählt wurde.

Herr Menzel erinnert in diesem Zusammenhang an den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE (DS 11/SVV/0740) und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Regelung von Schülerfahrkosten. Er gehe davon aus, dass dieser Antrag im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung 2012 behandelt werde und schlägt daher vor, die Eingabe zunächst bis dahin zurückzustellen.

Festlegung:

Der Eingabeverfasser erhält einen Zwischenbescheid und den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE sowie den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wiedervorlage nach abschließender Beratung der DS 11/SVV/0740.

zu 15 Eingabe 55/11 - Mietvertrag mit dem Studentenwerk Potsdam

Der Eingabeverfasser schreibt, dass er mit dem Studentenwerk Potsdam am 08.09.2011 einen Mietvertrag abgeschlossen habe. Da er aber dann einen Studienplatz in Berlin erhalten habe, kündigte er diesen mit Schreiben vom 20.09.2011. Obwohl es zu keiner Schlüsselübergabe kam, fordere nun das Studentenwerk die Miete für zwei Monate in Höhe von 440,-€.

Er bittet den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden um Hilfe.

Im Verlauf der Diskussion geht Herr Cornelius auf den Mietvertrag ein. Seiner Ansicht nach sei der Vertrag eindeutig, rechtlich sicher und müsse eingehalten werden.

Der Ausschussvorsitzende sieht eine Möglichkeit darin, dass sich der Eingabeverfasser an das Studentenwerk Potsdam wendet und um Erlass der Mietzahlung bittet. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass sich der Eingabeverfasser an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wendet.

Auch er würde sich im Namen des Ausschusses an das Ministerium wenden und darum bitten, sich für den Eingabeverfasser einzusetzen.

Mit dieser Verfahrensweise sind die Mitglieder einverstanden.

Festlegung:

Der Eingabeverfasser erhält ein Abschlusschreiben mit den o.g. Hinweisen.

Ein weiteres Schreiben richtet der Ausschussvorsitzende an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

zu 16 Sonstiges

Zur Eingabe 08/11 hat der Eingabeverfasser den Ausschuss darüber informiert, dass trotz Zusage der Pro Potsdam (Schreiben vom 06.10.2011) bisher kein Gespräch stattgefunden habe.

Der Ausschussvorsitzende drückt sein Missfallen darüber aus und wird sich mit der Pro Potsdam in Verbindung setzen und im Weiteren den Eingabeverfasser über das Ergebnis informieren.

